



Kontaktanschrift:  
Jugendamtseaternbeirat Münster  
Oliver Elferich  
Hägerstraße 231  
48161 Münster  
jaeb@muenster.org

## Wahlprüfsteine zu jugend-, familien- und schulpolitischen Fragen an die Kandidaten in Münster bei der Kommunalwahl 2015

### Kindertagesbetreuung und frühkindliche Bildung

#### Wir fragen:

***Wie sichern Sie den Rechtsanspruch (auch der Überdreijährigen) auf einen Kita-Platz sowie bedarfsgerechte Betreuungszeiten? Sehen Sie eine Möglichkeit, als Träger und Arbeitgeber in städtischen Kitas die Arbeitsbedingungen des pädagogischen Personals zu verbessern? Wie verbessern Sie die Arbeitsbedingungen der Tagespflegepersonen? Können Sie sich vorstellen, Elternbeiträge ganz abzuschaffen und wenn ja, aus welchen Haushaltsmitteln würden Sie diese Maßnahmen bestreiten?***

#### Antworten (in der Reihenfolge ihres Eingangs):

##### **Jochen Köhnke (SPD):**

Der Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz kann nur mit einem weiteren Ausbau der KiTa-Plätze gesichert werden.

Die SPD-Ratsfraktion hat gerade mit einem Antrag eine „Ausbauoffensive Kindertagesbetreuung“ gefordert. Damit soll sichergestellt werden, dass in Münster schnell neue Betreuungseinrichtungen in hoher Qualität geschaffen werden können. Klar ist: Will man eine flächendeckende Versorgung mit Betreuungsplätzen sichern, müssen noch deutlich größere Kapazitäten geschaffen werden, um ein Betreuungsangebot vor Ort sicher zu stellen.

Der KiTa-Besuch darf dabei nie am Geldbeutel der Eltern scheitern. Schon jetzt entfallen die Elternbeiträge für Eltern, deren Einkommen unter einer bestimmten Grenze liegt und ich werde prüfen lassen, ob wir diese Grenze zumindest weiter nach oben verschieben können. Mein Ziel ist dabei klar: gebührenfreie Bildung. Allein als Kommune können wir dies jedoch nicht erreichen. Hier sind auch das Land und der Bund finanziell in der Verantwortung.

Elterninitiativen sind aus der Münsteraner Betreuungslandschaft nicht wegzudenken. Gerade diese kleinen Träger sind jedoch stärker von Finanzierungsproblemen bedroht, da sie - anders als „große“

Träger - keine Ausgleichsmöglichkeiten bei sich ändernden Finanzierungsregelungen oder bei unerwarteten Notfällen haben. Die Vielfalt der Träger und die Vielfalt der Angebote in Münster will ich erhalten und unterstützen. Die SPD hat in diesem Jahr schon dafür gesorgt, dass Elterninitiativen und kleine Einrichtungen in schwieriger finanzieller Lage aus einem Notfalltopf Unterstützung erhalten können. Wir müssen uns auch darum kümmern, genügend gut qualifiziertes Personal in unseren Kitas zu haben. Um dies sicherzustellen, müssen wir auch in Münster über neue Ausbildungswege nachdenken. Dazu gehören stark praxisbezogene Ausbildungsgänge und Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung z.B. für diejenigen, die mit einem verwandten Berufsabschluss oder nach längerer Pause in den Erzieher\*innenberuf einsteigen wollen.

Die SPD hat bereits zu diesem Haushalt gefordert und auch durchgesetzt, dass die Vergütung für Tagespflegepersonal erhöht wird. Darüber hinaus will ich erreichen, dass die Vergütung der Tagespflegeeltern jährlich angemessen erhöht wird, dass eine Fortzahlung der Vergütung im Krankheitsfall erfolgt und eine angemessene Urlaubsregelung erreicht wird. Notwendig ist ebenfalls, dass Zeiten für Elterngespräche oder Vor- und Nachbereitung der Betreuung auf die Arbeitszeit angerechnet werden.

### **Maria Klein-Schmeink (Bündnis 90 / Die Grünen):**

Grünes Ziel ist der bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Ausbau der Kindertagesbetreuung sowohl im U3- als auch im Ü3-Bereich. Dabei hat jedes Kind einen Anspruch auf eine gute Betreuung und individuelle Förderung. Dafür stehe auch ich als Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin. Planerisch brauchen wir eine ca. 105-108 %ige Versorgungsquote im Ü3-Bereich und als Ziel auch 55% bis 60 % im U3-Bereich, um hineinwachsende Jahrgänge (unter 1 Jahr) und Zuzüge zu berücksichtigen; denn Münster ist eine wachsende Stadt. Um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz zu garantieren, haben wir - neben allen Ausbauanstrengungen - temporär auch Überbelegungen in Gruppen hingenommen. Diese werden wir schnellstmöglich wieder abbauen, da sie eine Standardabsenkung und zusätzliche Belastung für die pädagogischen Fachkräfte bedeuten.

Sofort nach Inkrafttreten des KiBiz hat meine Fraktion im Haushalt 2009 und 2010 Anträge gestellt, um die personelle Situation in den Kitas zu verbessern und die Gruppen für die Kleinsten personell angemessen auszustatten. Die rot-grüne Landesregierung hat durch die beiden KiBiz-Revisionen ebenfalls Verbesserungen vorgenommen. Insbesondere für eingruppige Elterninitiativen haben wir Grüne den Notfalltopf (100.000 €) initiiert. So stellen wir Trägervielfalt sicher und bringen auch der ehrenamtlich geleisteten Arbeit Wertschätzung entgegen.

Es besteht ein Flexibilisierungsbedarf der Kindertagesbetreuungszeiten, oftmals für Alleinerziehende, um einer Arbeit nachgehen zu können, aber auch für Eltern, die im Schichtdienst tätig sind, sich in der Ausbildung befinden etc. Dafür brauchen wir weitergehende Betreuungszeiten.

In vielen Kitas in Münster gibt es bereits eine Flexibilität innerhalb der 35 Stunden-Buchung, die das Gros der Eltern zufriedenstellt. Das haben Umfragen bestätigt. Für besondere Lebenslagen, die einzel-fallbezogene Regelungen in den Betreuungszeiten erfordern, kann auch mal eine Kombination mit Tagespflege denkbar sein.

Ein wichtiger institutioneller Baustein im Ausbau flexibler Kindertagesbetreuung ist die Extrazeit. Sie ermöglicht eine individuelle Ausweitung der Betreuungszeit über die Regelöffnungszeit hinaus und soll in den Kindertageseinrichtungen umgesetzt werden, in denen ein entsprechender Bedarf ermittelt wurde. Die Dauer der Extrazeit orientiert sich an den durch Umfragen ermittelten Bedarfen der Eltern und den Möglichkeiten bzw. Ressourcen der jeweiligen Kindertageseinrichtung. Ich will, dass jede Familie passgenaue Lösungen finden kann, daher ist es wichtig, in regelmäßigen Abständen die Bedarfe zu erheben und zu analysieren, um möglichst passgenaue Lösungen entwickeln zu können. Dabei darf die Flexibilisierung nicht zu Lasten der Erzieherinnen und Erzieher umgesetzt werden. Hier ist nicht nur das kreative Organisationsvermögen der KITAs gefragt, sondern auch das der ArbeitgeberInnen. Sie sind gefordert, (Ein-Elternteil-)familienfreundliche Arbeitszeitmodelle zu entwickeln und sich mehr als bisher in der betrieblichen Kindertagesbetreuung zu engagieren.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist eine verbesserte Ausstattung der Kindertagespflege und eine verbes-

serte Bezahlung der Kindertagespflegepersonen. Die Grüne Ratsfraktion hat bisher ein Mietkostenübernahmebudget für Großtagespflegestellen durchzusetzen können. Das Anliegen, die Geldleistung zumindest für die Tagespflege, die Kinder mit erhöhtem Förder- und Pflegebedarf betreuen, um 2,20 € auf 6,40 € zu erhöhen, wurde seitens der anderen Fraktionen bisher aber immer abgelehnt. Dabei hätte es sich hierbei um einen jährlichen Aufwand von nur 85.000 € gehandelt und wäre ein erster richtiger Schritt gewesen. Ich meine, dass weiterhin Verbesserungen notwendig sind, denn die Anforderungen an die Tagespflegepersonen sind durch regelmäßige Elterngespräche und Bildungsdokumentationen gestiegen. Natürlich wären auch pauschalierte Finanzierungsmodelle möglich, wie z.B. einen bestimmten Satz pro Kind pro Monat für Bildungsdokumentation, Elterngespräche, etc. Im Ergebnis kommt es mir auf eine leistungsgerechte Bezahlung an.

Die Grüne Ratsfraktion hat die Beitragsfreiheit bis 37.000 € im Rat mit einem Antrag zum Haushalt 2011 angestoßen, denn es besonders wichtig, die unteren Einkommen zu entlasten. Mein Ziel ist perspektivisch die Beitragsfreiheit für (früh-) kindliche Bildung. Allerdings kann das keine Kommune – auch die Stadt Münster nicht – alleine stemmen. Im Moment sehe ich im Haushalt keine Möglichkeit, weitere Einkommensgruppen von den Elternbeiträgen zu befreien. Das von der SPD angedachte, weitere beitragsfreie Kitajahr hat für mich keine Priorität. Wir sollten vielmehr zunächst Geld in die qualitative Weiterentwicklung und bessere personelle Ausstattung investieren.

### **Hein Götting (FDP):**

Dazu müssen alle Ebenen (Bund, Länder und Kommunen) in die Pflicht genommen werden, um realistische Ziele und wirksame Maßnahmen zur Umsetzung des Rechtsanspruches zu vereinbaren. Dazu gehört, dass der Bund seinen Finanzierungsanteil sowohl bei den Investitionskosten als auch bei den Betriebskosten auf der Basis der tatsächlichen Kosten- und Bedarfs-Entwicklung ausweiten muss. Denn neben der Investitionsförderung ist eine dauerhaft verlässliche und den tatsächlichen Entwicklungen angemessene Unterstützung der Kommunen bei den Betriebskosten das entscheidende Instrument zur Beschleunigung des Betreuungsaubaus. Das Gleiche gilt für die Länder. Auch sie müssen, wo noch nicht geschehen, ihren Beitrag leisten und den Kommunen schnell und unbürokratisch zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen.

Wie der Kita-Jahresbericht 2014 zeigt, liegt Münster bei der Betreuungsquote im Ü3-Bereich bei 103,8 Prozent und im U3- Bereich bei 45,1 Prozent. Hier kommt Münster der angestrebten 50 Prozent Mindestversorgung näher.

Um die zukünftige Versorgungsquote der über Dreijährigen, die aus den u3-Gruppen herauswachsen, sicher zu stellen, sind weitere Ausbauleistungen erforderlich.

In jedem Stadtteil eine KiTa mit verlängerten Öffnungszeiten anzubieten und intelligente und innovative Modelle zum weiteren Ausbau der Betreuungsplätze in Kitas, in der Tagespflege und vor allem auch in der betrieblichen Kindertagesbetreuung zu suchen und umzusetzen, muss für Münster dringend auf die Tagesordnung.

Für mich ganz wichtig: Der wachsende Fachkräftebedarf wird nur zu decken sein, wenn auch die Arbeitsbedingungen im Erzieherberuf verbessert werden. Die Fachkraft-Kind-Relation muss verbessert werden. So könnte z.B. der Zeitanpruch der Erzieher\*innen auf individuelle Vor- und Nachbereitung im Rahmen der mittelbaren pädagogischen Arbeit entsprechend definiert werden.

Zu den Kindern gehören selbstverständlich auch die Eltern. Alle beteiligten erwachsenen Personen sind am Wohl des Kindes interessiert – so kann auch ein entsprechend respektvoller Umgang der Erwachsenen untereinander die Arbeitsbedingungen positiv beeinflussen.

Vernetzung und Kooperation: Zum einen braucht die Kindertagespflegeperson (KTPP) ein persönliches Netzwerk, welches der eigenen Stärkung, Rückversicherung, Ermutigung und Sicherheit dient. Da die KTPP auf sich alleine gestellt ist, braucht sie dieses Netz, das es ihr ermöglicht, bei unvorhergesehenen Situationen schnell erforderliche Hilfe zu erhalten.

Die hohe professionelle Anforderung macht eine kontinuierliche fachliche Begleitung notwendig. Die KTPP muss deshalb in ein Unterstützungssystem eingebettet sein, in dem sie die erforderliche Begleitung, Wertschätzung und Anregung zum Erfahrungsaustausch erhält.

Hinsichtlich der eigentlichen Bezahlung von Beschäftigten in KiTas und von Tagespflegepersonen gilt, dass die Stadt Münster ein verantwortungsvoller Arbeitgeber ist und sich an die bestehenden Tarifverträge, die zwischen den Tarifparteien ausgehandelt werden, halten wird und diese in vollem Umfang umsetzt.

Breite Schultern sollen und können mehr leisten. Es kann nicht sein, dass Wohlhabende, die zur Finanzierung beitragen können, über die bestehenden rechtlichen Regelungen hinaus Kitaplätze unentgeltlich bekommen, aber gleichzeitig Geld für eine bessere Bezahlung der ErzieherInnen oder für den Ausbau der Kinderbetreuung fehlt.

Eine volle Gebührenfreiheit würde das Solidarprinzip ad absurdum führen.

### **OB Markus Lewe (CDU):**

In der Kinderbetreuung haben wir in Münster viel erreicht. Der schrittweise Ausbau der u3-Plätze sowie von ü3-Plätzen ist auf einem sehr guten Weg. Denn bereits jetzt hat Münster einen Spitzenplatz bei den Betreuungsquoten unter den Großstädten in NRW. Damit dies so bleibt, werde ich dafür sorgen, dass weiterhin KiTa-Plätze geschaffen werden. Mein Ziel ist es, bis zum Jahr 2020 zusätzlich 2.000 neue Kita-Plätze zu schaffen.

Zu einer wachsenden Stadt mit vielen jungen Familien gehört auch die Schaffung von Kita-Plätzen mit Randzeitenbetreuung, um eine hohe Flexibilität zu gewährleisten. Die sich stetig verändernde Arbeitswelt braucht Flexibilität und Sicherheit für berufstätige Eltern und Alleinerziehende.

Allerdings kann die Betreuung in Kitas nicht die alleinige Lösung sein. Die Kindertagespflege spielt eine ebenso wichtige Rolle bei der Planung und der Realisierung eines breitgefächerten Betreuungsangebotes. Immerhin betreuen sie derzeit 1.250 Kinder, von denen 1.100 unter drei Jahren sind.

Die Tageseltern leisten einen wichtigen Beitrag mit ihrer täglichen Arbeit. Die bereits beschlossene Anhebung der Geldleistungen für Tagespflegepersonen ist nur ein Schritt, um diese Arbeit angemessen zu schätzen. Weitere Schritte sind die jährliche Anpassung des Stundenentgeltes analog zu den KiBiz-Pauschalen und Fortzahlung bei Krankheit. Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese so wichtige Arbeit geschätzt wird und zu einer der tragenden Säulen in der Kinderbetreuung wird.

In den kommunalen Kitas wird tagtäglich eine hervorragende Arbeit geleistet. Unser kommunales Personal ist sehr gut qualifiziert und für künftige Aufgaben gerüstet, die derzeit geplante Steigerung der Einkommen ist berechtigt. Die Höhe der geforderten Steigerung muss jedoch im Rahmen des Gesamthaushaltes der Stadt gesehen werden und daher in einem realen und finanzierbaren Rahmen bleiben. Qualität hat ihren Preis, das ist unbestritten. Die Elternbeiträge sind in Münster verglichen mit anderen Großstädten in NRW moderat. Die qualitativ sehr gute Betreuung kann nur mit Hilfe der Elternbeiträge gewährleistet werden. Wir haben in Münster darauf geachtet, dass niedrige Elterngehälter durch den sehr sozialen Schlüssel nicht belastet werden.

Die weiteren Verbesserungen im Bereich der Kinderbetreuung, sowohl bei den Arbeitsbedingungen des pädagogischen Personals als auch bei den Qualifizierungen der Tagespflegepersonen ist eine stetige Entwicklung. Kinderbetreuung ist ein sehr facettenreiches Arbeitsfeld. Als Oberbürgermeister werde mich bei dem Erreichen der Ziele auf die praktischen Erfahrungen des pädagogischen Personals sowie an den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln orientieren.

Die qualitative hohe Betreuung der Kinder unserer Stadt ist ein zentrales Anliegen und eine Herausforderung für eine wachsende Stadt, für die ich stehe.

### **Harry Seemann (parteilos):**

Das ist nicht wirklich meine Baustelle. Als OB Tillmann die Erzieherinnen kündigte um sie nach vier Wochen zum Billigtarif wiederinstellte, habe ich die protestierenden Frauen vor dem Rathaus gefragt, warum sie zum Billigtarif weiterarbeiten. Da meinten sie: „Sonst macht es doch eine andere.“ Das nenne ich nicht wirklich einen konsequenten Arbeitskampf.

Dieser Kitausbau ist doch per Gesetz durch die Bundesregierung verordnet worden, warum sollte die Regierung nicht auch für die Kosten aufkommen

## Kinderarmut

### Wir fragen:

**Welche Maßnahmen stellen Sie sich vor, Kinderarmut zu mildern? Welche strukturellen Hilfen und Unterstützungsleistungen werden nötig, die nicht auf privaten Stiftungen oder Nächstenliebe beruhen? Wie kann Politik steuern?**

### Antworten:

#### **Jochen Köhnke (SPD):**

Ein Teil der Probleme lässt sich mit einem quantitativen und qualitativen Ausbau des Ganztagsangebots lösen. In diesem sind die Kinder den ganzen Tag gut betreut und erhalten zum Beispiel auch eine warme Mahlzeit.

Als Stadt können wir auch die bereitstehenden Gelder für eine frühe Hilfe erhöhen. Darunter fällt auch eine finanzielle Unterstützung der Angebote von der Caritas, der Beratungsstelle im Südviertel oder für Cactus Junges Theater. Die SPD-Ratsfraktion hat beispielsweise in den letzten Haushaltsberatungen fast eine Verdopplung der Gelder erreichen können. Ich werde diese Politik als Oberbürgermeister unterstützen und die Verwaltung mit der Ausarbeitung eines Konzeptes für eine kommunale Gesamtstrategie zur Bekämpfung der Jugend- und Kinderarmut beauftragen.

Es muss auch darum gehen, Kinderbetreuung, Schule, Jugendhilfe enger miteinander zu verzahnen. Hierzu gehört u.a. ein Gesamtkonzept für die Schulsozialarbeit, das politisch lange gefordert ist, auf das die Verwaltung bislang aber noch warten lässt.

Die SPD-Ratsfraktion hat in diesem Jahr das Budget für das Maßnahmenprogramm einer kindbezogenen Armutsprävention um mehr als 200.000 € aufgestockt. Dieses Programm muss fortlaufend fortgeschrieben und bei Bedarf erweitert werden.

Des Weiteren sollen Eltern jede notwendige Unterstützung bekommen, die ihnen hilft, die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder zu tragen und ihr gerecht zu werden. Dazu zählen für mich unter anderem niedrigschwellige Bildungsangebote, Gesundheitsberatung und –erziehung sowie Hilfen bei der Förderung der sozialen und emotionalen Entwicklung eines Kindes. Ich setze dabei auf eine fallbezogene, individuelle Jugendhilfearbeit mit festen Ansprechpartner\*innen für die Familien. Dabei sollen die Angebote der verschiedenen städtischen Einrichtungen und freien Träger noch stärker Hand in Hand arbeiten. Eine bessere Zusammenarbeit von Kommunalem Sozialen Dienst, Jugendhilfe und Schulsozialarbeit betrachte ich als eine zentrale Aufgabe.

Die Präventionsangebote, die bei den ganz Kleinen bereits beginnen, müssen insgesamt zu einer Kette von der Geburt bis zum Übergang in den Beruf geschlossen werden, damit immer das passende Angebot zur Verfügung stehen kann.

Bereits Anfang 2010 hat die SPD-Ratsfraktion nach über zehn Jahren den Münsterpass wieder eingeführt. Er gewährleistet allen Bezieher\*innen von sozialen Leistungen Vergünstigungen bei städtischen Einrichtungen und Leistungen: Das Busfahren und der Zugang zu Sport-, Kultur- und Bildungsmöglichkeiten ist damit zum halben Preis möglich. Damit wollen wir für alle Menschen mit wenig Geld den Zugang zu allen städtischen Angeboten und damit zu gesellschaftlicher Teilhabe sicherstellen

#### **Maria Klein-Schmeink (Bündnis 90 / Die Grünen):**

Seit 2005 hat die Grüne Fraktion mehr als 15 Rats- und Haushaltsanträge zu den Themen Armutsprävention von Kindern und Jugendlichen als Folge von Familienarmut, Verbesserung der Chancengerechtigkeit und der frühen Hilfen gestellt. Für etliche dieser Anträge war ich selbst federführend.

Das von uns initiierte und parteiübergreifend beschlossene Hearing 2009 hat dann endlich den Durchbruch gebracht. Das Präventionsprojekt in Coerde wurde verstetigt und nach und nach kamen die

weiteren Stadtteilkordinatorinnen und –koordinatoren und weitere Maßnahmen im Bereich der frühen Gesundheitshilfe, der Stärkung der Elternkompetenz etc. hinzu. Politik braucht halt einen langen Atem. Neben den genannten Maßnahmen ist gerade die **Stadtteilkoordination** als strukturelles Element ein Erfolgsmodell. Die Koordinatorinnen und Koordinatoren sind **zu zentralen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern** für alle im Stadtteil geworden. Jeder kennt sie. Sie knüpfen und pflegen die Netze. Sie erleichtern Kindern, Jugendlichen und Familien die Zugänge zu vorhandenen Angeboten, nehmen Bedarfe wahr und entwickeln entsprechende neue Angebote mit Kreativität und Leidenschaft. Und es wurden wirklich gute Netzwerkerpersönlichkeiten für diese Aufgabe gewonnen. Der Fokus des Maßnahmenprogramms richtet sich jedoch nach wie vor fast nur auf die jüngeren Kinder. Die Präventionskette muss nun weiterentwickelt werden bis hin zum Übergang Schule-Beruf.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat der Rat der Stadt Münster am 10.12.2014 beschlossen, das Budget für die Verstetigung des Maßnahmenprogramms von 152.000 Euro auf insgesamt 300.000 EUR für die Jahre 2015 bis 2017 zu erhöhen - gegen die Stimme des CDU-Oberbürgermeisters Markus Lewe.

Dadurch wird es nun möglich, passende präventive Angebote umzusetzen, die auch Kindern und Jugendlichen mit Migrations- oder Flüchtlingsvorgeschichte zu Gute kommen.

#### Grüne Anträge im Kontext Armut von Kindern und Jugendlichen als Folge von Familienarmut wirksam bekämpfen – Teilhabe sichern seit 2005

- „Alle Chancen für Kinder von Anfang an!“ 2.5.2005
- Münster gibt jedem Kind eine Chance - Fairen Zugang zu Bildung, Gesundheit und früher Förderung sichern 1.5.2007
- „Ein sicherer Start ins Kinderleben! Einführung eines flächendeckenden sozialen Frühwarnsystems und „früher Hilfen“ – jetzt!“ 18.12.2007
- Münster für Alle: Münsterpass wieder auflegen! 17.02.2008
- Haushaltsantrag 2008 (Frühe Hilfen, Soziale Frühwarnsysteme)
- Haushaltsantrag 2009 (dto.)
- Antrag zum Haushalt 2009: „Bildungschancen und -perspektiven junger Menschen verbessern – Beitragsfreiheit erweitern“ 26.11.2008
- Antrag zum Haushalt 2010: Entwicklung und Ausbau frühzeitiger Präventionsangebote sowie der Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems im Stadtteil Coerde“ und weiterer 5 Stadtteile
- Antrag zum Haushalt 2010 „Bildungschancen und -perspektiven junger Menschen verbessern – Beitragsfreiheit erweitern“ 18.01.2010
- Antrag zum Haushalt 2011: „Bildungschancen und -perspektiven junger Menschen verbessern – Beitragsfreiheit erweitern“ 18.11.2010
- Hearing „Kinderarmut – eine drängende Handlungsaufforderung an die Kommunalpolitik“ („Sixpack“ Antrag auf Grüne Initiative)
- „Chancen für alle Kinder in unserer Stadt - Maßnahmenprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut in Münster“ 30.11.2009 („Sixpack“ Antrag)
- Haushaltsantrag 2011: Chancen für alle Kinder von Anfang an – Maßnahmenprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut in Münster aufstocken
- Alle Flüchtlingskinder am Bildungs- und Teilhabepaket teilhaben lassen, 2011 (gemeinsam mit der SPD)
- Dto. zum Haushalt 2012
- „Münster-Pass weiterentwickeln und ausbauen“ 2012
- Haushaltsantrag 2013: Maßnahmenprogramm einer kind- und jugendbezogenen Armutsprävention - Verstetigung
- Haushaltsantrag 2014: 50.000 € Erhöhung des Maßnahmenprogramms (mit der „Ampel“ durchgesetzt)
- Haushaltsantrag 2015 Erhöhung des Maßnahmenprogramms

#### **Hein Götting (FDP):**

Gesundheitliche Förderung von Mädchen und Jungen, Sport-, Freizeit-, Bildungs- und Kulturangebote wohnortnah in den Stadtteilen, Hilfen für Familien, für Menschen mit Migrationshintergrund sind nur ein

paar Beispiele aus dem breiten Maßnahmenbündel, das in Münster bereits angeboten wird. Wichtig ist es m.E., bei allen Überlegungen zuvorderst die Sichtweise der Kinder einzunehmen und sie in den Mittelpunkt zu rücken. Ihre Bedürfnisse sollten zum Ausgangspunkt der Lösungssuche vor Ort gemacht werden.

Einige Maßnahmen sind derzeit an Modellförderungen geknüpft, die in den Folgejahren auslaufen werden. Um Kinderarmut aber wirkungsvoll zu bekämpfen, ist ein ebenso verlässliches wie langfristiges Gesamt-Konzept erforderlich.

Strukturelle Veränderungen erfordern in der Regel einen langen Anpassungs- und Umstellungsprozess. So können mit dem Fokus auf unsere sehr unterschiedlichen Stadtteile wie z.B. Coerde, Berg Fidel oder Hilstrup ganz unterschiedliche Unterstützungsangebote notwendig sein.

Zurzeit gibt es einen regelrechten Boom von Veröffentlichungen, die konkrete Konzepte und Maßnahmen zur Armutsprävention vorstellen. Welche Projekte verstetigt oder entsprechend angepasst auf einzelne Stadtteile übertragen werden sollten, das ist Aufgabe der politischen Steuerung.

#### **OB Markus Lewe (CDU):**

Wir als Stadt Münster haben seit 2011 ein Programm zur sog. kind- und jugendbezogenen Armutsprävention aufgelegt. Mit der Durchführung zweier Präventionskonferenzen haben wir eine wirksame Präventionskette geknüpft. Diese hat sich in den vergangenen Jahren auf die frühen Jahre konzentriert und wird nun hinsichtlich der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen ausgebaut. Dabei verfolgen wir einen mehrdimensionalen Ansatz mit Maßnahmen, die geeignet sind, bestehende Regelangebote sinnvoll zu ergänzen sowie frühzeitig auf die Entwicklung junger Menschen einen positiven Einfluss zu nehmen.

Für die nächsten drei Jahre sind dafür Maßnahmen für über 1 Mio. Euro geplant. Hauptziel ist die möglichst frühzeitige Erreichbarkeit bzw. Förderung der Betroffenen in ihrem sozialen Umfeld, um damit positive Voraussetzungen für eine gerechtere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und für gelingende Entwicklungs- und Bildungsbiographien geschaffen werden. Dieses Maßnahmenprogramm ist damit bedeutender Bestandteil innerhalb einer gesamtstädtischen Präventionsstrategie, die mit den Bestrebungen auf Bundes- und Landesebene verknüpft und dauerhaft weiter entwickelt werden müssen. Auch wird dies durch die von mir als Oberbürgermeister gegründete kommunale Stiftung „Mitmachkinder“ ergänzt, welche die Teilhabe von Kindern aus armen Familien verbessert.

#### **Harry Seemann (parteilos):**

Das ist der asozialen Rot-Grünen-Regierung geschuldet. Kindergeld etc wird bei HARTZ IV-Opfern als Einkommen abgezogen. Und die folgenden Regierungen machen lustig so weiter und verschärfen diese Ungerechtigkeiten. Da ist der Bürger gefragt, endlich um mal vernünftig zu wählen

## **Familienfreundliches Wohnen**

### **Wir fragen:**

***Welche Maßnahmen, insbesondere auch für Familien mit Kindern, wären hier in Münster nötig um mehr bezahlbaren Wohnraum für Familien zu schaffen? Wie stehen Sie zu sozialgerechter Bodennutzung, dem Bau preiswerter Wohnungen und einer nachhaltigen Quartiersentwicklung?***

### **Antworten:**

#### **Jochen Köhnke (SPD):**

In das Zentrum meines Handelns für die nächsten Jahre stelle ich die Forderung: Münster braucht mehr bezahlbaren Wohnraum, vor allem, aber nicht nur, in der Innenstadt. Preisgünstiger Wohnraum entsteht aber nicht von selbst. Zunächst einmal muss die städtische Bodenvorratspolitik aktiviert und

ausreichend Bauland zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig braucht es im Sinne sozialgerechter Bodennutzung auch verbindliche Zielvorgaben für geförderten und preisgedämpften Wohnraum in neuen Wohngebieten, damit eben nicht nur Wohnungen für Besserverdiener\*innen entstehen. In diesen neuen Gebieten muss aber auch von Beginn an eine entsprechende Infrastruktur mitgedacht werden und so braucht es, gerade bezogen auf Familien, zum Beispiel Spielplätze, Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen in der Nähe.

Außerdem muss die Wohn+Stadtbau mehr als bisher gestärkt werden. Statt Vorgaben zu erhöhten Gewinnausschüttungen zu machen, will ich, dass die Wohn+ Stadtbau noch intensiver in die Schaffung von neuem, bezahlbarem Wohnraum investiert. Ich möchte außerdem prüfen, ob die Wohn+Stadtbau über eine ausreichende Eigenkapitalausstattung verfügt, um die an sie gerichteten wohnungspolitischen Aufgaben zu erfüllen. Sollte dies nicht der Fall sein, werde ich mich dafür einsetzen, dass haushaltspolitisch dagegen gesteuert wird, damit der Wohn+Stadtbau die zur Schaffung von preiswertem Wohnraum nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Auch Genossenschaften, die sich für preisgünstigen Wohnraum engagieren, sollen eine Unterstützung durch die Stadt erhalten. Wo sich neue Genossenschaften zu diesem Zweck bilden, sollen sie von der Stadt die nötige Beratung und Förderung erhalten. Ich will außerdem einen Fonds für bezahlbares Wohnen in Münster gründen. Mit den Mitteln werden dann neue Wohnungen errichtet, die preisgünstig sind und zugleich eine akzeptable Verzinsung bieten.

### **Maria Klein-Schmeink (Bündnis 90/Die Grünen):**

Wohnen muss bezahlbar bleiben. Gerade Familien mit geringem Einkommen werden durch steigende Mieten, den Mangel an öffentlich geförderten Wohnungen und die steigende Konkurrenz durch den Bau von teuren Wohnungen aus ihren Wohnquartieren verdrängt.

Von 1980 bis 2012 stieg die Einwohnerzahl um fast 30.000 Personen. Bis zum Jahr 2030 prognostiziert it.nrw einen weiteren Bevölkerungszuwachs in dieser Größenordnung. Ich will ein wohnungspolitisches Gesamtkonzept, das Instrumente für die Sicherung des Wohnungsbestandes, für die Erneuerung von Wohnungen und für den Neubau von Wohnungen enthält und das alle Möglichkeiten nutzt, um den Preisanstieg auf dem Wohnungsmarkt zu verlangsamen.

Im Vordergrund müssen Maßnahmen zur Sicherung des Bestandes preiswerter Wohnungen und Mietwohnungen stehen. In den nächsten 5 Jahren werden in Münster mehr als 1.500 der noch bestehenden 7.500 öffentlich geförderten Wohnungen aus der Bindung fallen. Das sind mehr Wohnungen, als in einem Jahr insgesamt neu gebaut werden. Zur Sicherung von preiswertem Wohnraum gehören u.a. eine Zweckentfremdungssatzung, um der auch in Münster anzutreffenden Falschnutzung von Wohnraum und dem Leerstehenlassen einen Riegel vorzuschieben und ein städtisches Förderprogramm zum Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen sowie Milieuschutzsatzungen, mit einem auf 5 Jahre begrenzten Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Zur Bestandpolitik gehört auch die Förderung der energetischen und baulichen Sanierung von Altbauten. Steigende Energiekosten sind ein wesentlicher Faktor für steigende Wohnkosten, die sich viele nicht mehr leisten können. Deshalb werden wir mit Energiesparfonds einkommensarme Haushalte unterstützen und gleichzeitig die energetische Sanierung von Wohngebäuden vorantreiben. Das städtische Förderprogramm für die Sanierung von Wohngebäuden muss dauerhaft mit 500.000 € jährlich ausgestattet werden.

Wichtigstes Standbein der Wohnpolitik ist das kommunale Quartiersmanagement. Eine ressortübergreifende Sozial- und Stadtplanung kann nämlich dazu beitragen, die Wohnsituation und die Versorgungssicherheit im Quartier zu verbessern. Davon profitieren nicht nur Menschen mit Unterstützungs- und Pflegebedarf, sondern auch junge Familien mit Kindern.

Weiteres Standbein ist die Innenentwicklung. Hier können in Münster mehr als 2.300 Wohnungen sofort neu geschaffen werden, z.B. auf dem ehemaligen TÜV-Gelände oder dem Baugebiet Sprakel-Ortsmitte.

Dennoch kann angesichts des prognostizierten Bevölkerungswachstums auf die Entwicklung neuer Baugebiete nicht verzichtet werden. Sie müssen allerdings nachhaltig angelegt werden. So sollten sie



infrastrukturell gut versorgt sein, um Sprungkosten bei der Infrastruktur zu vermeiden und um bestehende Angebote für Dienstleistungen dauerhaft auszulasten. Mindestens die Hälfte sollten Mietwohnungen sein, davon ein wesentlicher Anteil preisgebundener Wohnungen.

Die kommunale Wohnungspolitik braucht auch die Unterstützung der Bundesregierung: Zum Beispiel die Wiedereinführung eines Kommunalrabatts beim Verkauf von Konversionsgrundstücken. Solange die Bundesanstalt für Immobilienwesen – BImA gezwungen ist, beim Verkauf der Grundstücke mindestens den Verkehrswert zu verlangen und die Verkäufe regelmäßig zum Höchstpreis abgewickelt werden, können die Grundstücke nicht zur Entspannung des Wohnungsmarktes beitragen.

Wir Grünen wollen, dass auch Familien mit geringem Einkommen in der Innenstadt wohnen können und nicht an den Stadtrand gedrängt werden. Und dafür sind die Instrumente Mietpreisbindung, sozialgerechte Bodennutzung und selbstverständlich der Bau preiswerten Wohnraums nützlich. So hat die Grüne Ratsfraktion bereits im Jahr 2012 den Antrag zur sozialgerechten Bodennutzung in den Rat eingebracht. Ich meine, dass wir für die Zukunft insbesondere genossenschaftlichen Wohnformen, neuen Wohnformen von Alt und Jung und bürgerschaftlichen Wohnprojekten einen weitaus höheren Stellenwert einräumen müssen und sie bei der Vergabe von städtischen Grundstücken stärker berücksichtigen müssen.

### **Hein Götting (FDP):**

Wohnungsbau muss in einer wachsenden Stadt wie Münster als Zukunftsprojekt gehandelt werden!

Die Stadt muss sich um mehr Bauland bemühen, damit man hier in unserer Stadt bezahlbare Grundstücke für ein Eigenheim, vor allem aber auch für den Mehrfamilienhausbau erwerben kann.

Nachverdichtung und Abrundung bestehender Stadtteile sind wichtige Aspekte der Wohnraumbeschaffung, können aber natürlich nicht alle Probleme lösen.

Neben der Wohn+Stadtbau sollten auch Wohnungsgesellschaften, Wohnungsgenossenschaften und Stiftungen sowie private Investoren verstärkt daran mitarbeiten, dass mehr öffentlich geförderter Wohnraum entstehen kann. Die mit den Stimmen der Freien Demokraten verabschiedete Vorlage zur sozialgerechten Bodennutzung bietet bereits viele Chancen, die es zu nutzen gilt – etwa die 30-Prozent-Quote für die Erstellung öffentlich geförderter Wohnungen. Im Übrigen hat gerade die FDP-Ratsfraktion durch die Einbindung des „Düsseldorfer Modells“ wesentlich dazu beigetragen, die „Soziale Bodennutzung“ überhaupt umsetzbar zu machen.

Die nachhaltige Quartiersentwicklung muss für die Zukunft der Stadt eine große Rolle spielen. Etwa die Idee, schon bei KiTa-Bauten eine mögliche Nachnutzung als Wohnraum mit zu planen, wenn eines Tages die Kinderzahl im Stadtteil sinkt, geht in diese Richtung. Neue Wohnformen zu fördern (Mehrgenerationen-Wohnen, Senioren-Wohnprojekte, Demenz-Wohngemeinschaften etc.) und für eine gute soziale Durchmischung von Stadtteilen zu sorgen, erscheint für die Lebensqualität in Münster zunehmend wichtig. Dass Barrierefreiheit nicht nur in Wohnungen von Bedeutung ist, sondern auch die Stadtviertel betreffen sollte, muss als Planungsziel immer wieder präsent gemacht werden. Gerade die großen Konversionsgelände in Gievenbeck und Gremmendorf bieten in Hinsicht auf moderne, zukunftsfähige, nachhaltige und vor allem mit starker Bürgerbeteiligung zu planende Stadtareale große Chancen. Und die Aufwertung von baulich eher unattraktiv gewordenen Stadtteilen durch Sanierung und Schaffung neuer Freiräume und Strukturen gehört ebenfalls auf die Agenda. Die verkehrlich gute Anbindung an die Innenstadt sowie der Stadtteile untereinander ist – gerade für Menschen, die auf den ÖPNV angewiesen sind - für mich ebenfalls ein wichtiger Beitrag zur Stadtentwicklung.

### **OB Markus Lewe (CDU):**

Wir haben in den vergangenen Jahren die sozialgerechte Bodennutzung entwickelt und beschlossen. Es handelt sich um ein Modell, das es ermöglicht, die Kostenentwicklung bei Baulandpreisen zumindest zu dämpfen und gleichzeitig Raum für sozialen Wohnungsbau zu schaffen, der gerade auch Familien mit Kindern zugutekommt.

Hierbei muss die Stadt weiter mehr Baugebiete schaffen, um überhaupt mehr Wohnbautätigkeit zu ermöglichen. Darin liegt das wichtigste Instrument einer Stadt in der Wohnungsbaupolitik.

**Harry Seemann (parteilos):**

Rot-Grün-Schwarz-Rot haben in Düsseldorf die Wohnungen unter anderem der Wohnungsgesellschaft Münsterland in LEG-Wohnungen verkauft. Außerdem wurden zwei Drittel der Bauförderung aus Düsseldorf nicht in Anspruch genommen.

Bauland sollte nicht mehr verkauft sondern als Erbpacht behandelt werden, damit es den zukünftigen Generationen erhalten bleibt. Genossenschaftliches Bauen ist sozialer als profitorientierter Kapitalismus. Wenn der Bürger das endlich begreift, wird er auch anders wählen, hoffe ich!?

**Schulischer Ganzttag: Bildungschancen nutzen – Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen!****Wir fragen:**

***Wie stellen Sie sicher, dass der schulische Ganzttag mit seinen hohen Qualitätsanforderungen in Münster (u.a. das Konzept der OGS) von Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften in Kooperation mit außerschulischen Partnern professionell umgesetzt werden kann? Welche Mittel werden Sie für eine bessere räumliche und personelle Ausstattung der OGS bereitstellen? Wie stellen Sie sicher, dass der schulische Ganzttag dem Betreuungsbedarf von Familien gerecht wird?***

**Antworten:****Jochen Köhnke (SPD):**

Auch nach der KiTa benötigen Eltern gute Betreuungsangebote für ihre Kinder. Die offene Ganztagschule bietet hier ein verlässliches Angebot für die Schüler\*innen.

Doch natürlich gibt es auch in diesem Bereich noch Handlungsbedarf. So braucht es sowohl einen quantitativen, aber vor allem auch einen qualitativen Ausbau der Angebote. Dafür soll es deutlich stärker als bisher Kooperationen mit außerschulischen Einrichtungen geben und auch die Träger der offenen Jugendarbeit miteinbezogen werden, sodass es an den Schulen ein möglichst breites Angebot gibt und der Ganzttag zu einem inklusiven Lebens- und Lernort entwickelt wird. Gerade auch auf Hinwirken der SPD-Fraktion stehen mittlerweile jährlich 120.000 € zur Verfügung, um in der OGS die Angebote in den Randzeiten auszubauen. Damit ist bereits eine gute Grundlage dafür geschaffen, damit der Ganzttag dem Betreuungsbedarf von Familien gerecht wird.

Es ist gut, dass der Rat auf SPD-Initiative hin beschlossen hat, das Thema der Grundschulentwicklung mit den Fragen der räumlichen Bedarfe des Ganztags und des gemeinsamen Lernen zu verknüpfen und in bezirksbezogenen Workshops mit den am Schulleben Beteiligten diskutiert. Wir können nicht allein Räume für Unterricht, andere für die Differenzierung und wieder andere für Ganztagsangebote planen. Alle Bereiche und Belange des Schulalltags - und dieser reicht heute weit über den klassischen Unterricht hinaus - müssen gemeinsam betrachtet werden, wenn es darum geht, Schulen zu erweitern und so umzubauen, dass genug Platz für guten Unterricht und erstklassige Ganztagsangebote da ist. Bildung gehört auf der haushaltspolitischen Prioritätenliste ganz nach oben. Bei allen Sparnotwendigkeiten darf hier nicht eingegriffen werden.

Wir brauchen mehr Investitionen in unsere Schulen - allein schon, weil Münster wächst und damit auch die Zahlen der Schüler\*innen. Ich will mindestens 60 Millionen EUR bis 2020 in die Modernisierung der Schulen stecken. Das ist ein Teil dieses dringend nötigen Investitionspaketes. Finanzmittel, die im Zuge der Veränderung der Schullandschaft in den vergangenen Jahren zum Beispiel durch das Auslaufen von Schulen und Grundstücksveräußerungen frei geworden sind, hat die SPD-Ratsfraktion im Schulbereich für Bildungsinvestitionen belassen. Von diesem Kurs werde ich auch künftig nicht abweichen. Im Haushalt müssen mehr Mittel für Schulen und Bildungsinvestitionen bereit stehen.

**Maria Klein-Schmeink (Bündnis90 / Die Grünen):**

Es gilt, die (offene) Ganztagschule als inklusiven Lebens- und Lernort für Kinder weiterzuentwickeln. Aus der Perspektive von Kindern und für ihre Persönlichkeitsentwicklung ist es von zentraler Bedeutung, dass die Schule ein Ort ist, in dem sie ihre alters-, geschlechtsspezifischen und entwicklungsrelevanten Lebensbedürfnisse befriedigen können. Dazu bedarf es eines verbesserten Fachkraft-Kind-Schlüssels, ausreichende, ansprechende und anregende Räumlichkeiten und Außenflächen sowie der Abwechslung von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten. Und es bedarf einer Vernetzung im Stadtteil/Sozialraum mit den Akteuren vor Ort (OKJA, Kita, Vereine, Kirchen etc.). Ich halte es für wünschenswert, mehr freie Träger der Jugendhilfe an den Schulen einzubeziehen. Dennoch muss die reine Addition von vormittags Unterricht und nachmittags außerunterrichtliche Angebote aufgehoben werden. Dazu sind schuleigene Konzepte notwendig. Dringend notwendig ist ein Konzept zur Steigerung der Attraktivität und der Perspektivsicherung der Arbeitsplätze von Erzieherinnen und Erziehern im offenen Ganztags.

Kinder, die eine zusätzliche individuelle, heilpädagogische Förderung brauchen, sollen diese an ihrer Regelschule erhalten. Ich halte das Angebot der »Förderinsel« an jeder Grundschule für sinnvoll. Ebenso den weiteren Ausbau der Lernwerkstätten für Kinder mit gravierenden Schwierigkeiten in den Bereichen Lesen, Rechtschreibung und Rechnen, die der frühzeitigen und wirksamen Unterstützung besonders bedürfen, damit sie einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Schulabschluss schaffen können.

Weiterhin gilt es Freizeit- und Ferienangebote inklusiv zu gestalten, damit Kinder mit und ohne Behinderung diese gemeinsam verbringen können. Auch hierzu hat die Grüne Fraktion bereits zum Haushalt 2015 einen Antrag gestellt.

**Hein Götting (FDP):**

Für alle Eltern, die ihre Kinder in der offenen Ganztagschule (OGTS) pädagogisch betreut sehen möchten, müssen diese Angebote bedarfsgerecht ausgebaut werden. Denn wenn die Kinder aus den gewohnten Ganztags-Strukturen ihrer KiTa in die Grundschule wechseln, müssen sich die Eltern zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiterhin auf eine gesicherte Betreuung verlassen können. Förderangebote müssen in allen Schulformen mehr Gewicht bekommen, selbst wenn dies einen zusätzlichen Finanzbedarf bedeutet: Ich stehe zur Forderung nach einer gebundenen Ganztagsgrundschule – mit verpflichtendem Unterricht von 8 bis 16 Uhr – in jedem Stadtteil. Auch das durch Landesgesetz umstrittene Thema, einen regelmäßigen freien "Familientag" trotz gebuchter Betreuungsangebote in der offenen Ganztagsgrundschule ohne Sanktionen anmelden zu können, muss diskutiert werden – der Elternwille ist für mich dabei vorrangig.

Realschulen und Gymnasien sollen die Möglichkeit erhalten, bei Bedarf nur einen Teil ihrer Klassen in Ganztagsform (Unterricht von 8 bis 16 Uhr) führen zu können.

Die Qualität der Schulgebäude hat trotz knapper Kassen hohe Priorität, denn nur in geeigneten, gesundheitlich unbedenklichen Räumen mit guter Ausstattung können Kinder sachgemäß und fachspezifisch lernen. Deshalb müssen wir nicht nur in neue Schulgebäude investieren, sondern auch die vorhandenen Immobilien so schnell wie möglich vernünftig sanieren. Dazu muss die Verwaltung eine Prioritätenliste erstellen.

Bei der Förderung im Rahmen des offenen Ganztags gehört für mich – als Prinzip des Gleichheitsgrundsatzes – die gezielte Förderung lernschwacher Kinder genauso dazu wie die hochbegabter Mädchen und Jungen. Deshalb soll neben dem Ausbau der Lernwerkstätten das Internationale Centrum für Begabtenforschung an der Universität Münster (ICBF) als Kooperationspartner in den schulischen Ganztags mit einbezogen werden. In diesem Bereich brauchen wir neben einer guten Diagnostik auch die Möglichkeit der Betreuung hochbegabter Gruppen im Rahmen des offenen Ganztags. Bereits erfolgreiche Projekte wie die Anbindung an die Universität sollten intensiviert werden.

Bei der Schulentwicklungsplanung, die der Rat beschließen wird, muss die Politik wachsam sein für Themen wie Förderangebote, Flexibilität, Verbesserung des Lernklimas und die besondere Vernetzung beim Übergang von der schulischen in die berufliche Lernwelt.

**OB Markus Lewe (CDU):**

Seit dem Schuljahr 2012/13 ist der offene Ganztags an Grundschulen um rund 34 % gestiegen. Inzwischen gibt es an allen Grundschulen ein OGS-Angebot (über 4.700 Kinder; Versorgungsquote 44,4 %; der kommunale Aufwand liegt bei 434 Euro pro Platz). Um dem unterschiedlichen Förderbedarf von Kindern besser gerecht zu werden, sind 19 Förderinseln geschaffen worden, eine bessere Verzahnung der Integrationshelfer mit der Nachmittagsbetreuung und eine enge Vernetzung mit der Jugendhilfe. Die Koordinatorinnen und Gruppenleitungen wurden und werden qualifiziert und die Betreuungszeiten im Nachmittagsbereich über Projektmittel erweitert. Das Wachsen von OGS hat räumliche Probleme zur Folge, dem nicht allein durch multifunktionale Nutzung begegnet werden kann. Erforderlich ist es, neue Räume zu schaffen, aber auch neue Räume zu erschließen. Damit können außerschulische Lernorte in Büchereien, auf Sportplätzen u.a. gemeint sein.

Die Qualität der OGS-Konzepte kann sicherlich in einer verbesserten Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe sowie weiteren Aktiven im Stadtteil/Quartier/Sozialraum verbessert werden. Dies soll angegangen werden.

Wir sehen den Betreuungsbedarf der Eltern. 123.000 Euro für Modelle einer Randzeitenbetreuung stehen zur Verfügung und sollen im Nachmittagsbereich für Ausweitungen genutzt werden. Auch Ferienangebote müssen noch mehr gefördert werden.

**Harry Seemann (parteilos):**

Ich als Kinderloser und Single habe da nicht wirklich Ahnung. Aber da sollte der Staat in die Pflicht genommen werden. Vollmundige Versprechungen sollten endlich verwirklicht werden. Für die münsterschen Probleme würde ich auch im Rat die Fragestunde für Einwohner und Einwohnerinnen und Anregungen nach § 24 der Gemeindeordnung NRW empfehlen. Oder sich direkt an den Oberbürgermeister wenden, der soll ja immer so bürgernah sein, aber er scheint nur den Investoren nah zu sein.

## **Willkommenskultur für Flüchtlinge**

**Wir fragen:**

***Welche zusätzlichen Ressourcen stellen Sie zur Verfügung, damit Flüchtlinge sich in Münster willkommen fühlen? Welche Unterstützung bekommen Kindertageseinrichtungen und Schulen um (z.T. stark traumatisierten) Flüchtlingskindern gerecht zu werden? Kann nach Ihrer Einschätzung auch die Kindertagespflege einen Beitrag bei der Betreuung von Flüchtlingskindern leisten? Wie stellen Sie eine ausgewogene Verteilung auf alle Bildungseinrichtungen sicher und vermeiden den für Kinder und Institutionen sehr belastenden Wechsel von Bildungseinrichtungen?***

**Antworten:**

**Jochen Köhnke (SPD):**

Voran stellen möchte ich hier, dass ich stolz darauf bin, dass wir parteiübergreifend alle bisherigen Konzepte in meiner Verantwortung auf den Weg gebracht haben. Dafür den Beteiligten der verschiedenen Parteien mein aufrichtiger Dank!

Münster hat ein Konzept für die Beschulung von sog. „Seiteneinsteiger\*innen“ auf den Weg gebracht.

Darunter fallen in erster Linie Flüchtlingskinder, die hierher kommen und natürlich so schnell wie möglich Zugang zu schulischer Bildung erhalten sollen. Dieses Modell ist ein erster Einstieg. Wir müssen aber genau bei den Schulen und Einrichtungen darauf hören, was sie uns berichten: Was brauchen sie, was läuft gut, was klappt noch nicht? Und dann muss gehandelt werden. Speziell hierfür haben wir in unserem Kommunalen Integrationszentrum Weiterbildungsangebote für die Lehrerinnen und Lehrer entwickelt und bieten diese auch an. Diese Angebote werden aktuell bis auf den letzten Platz angenommen!

Daneben gibt es vergleichbare Angebote der unteren Schulaufsicht die ebenfalls qualitativ sehr hochwertig sind und genauso gut angenommen werden. Wenn wir erkennen, dass die bisherigen Angebote an Beratung, Qualifizierung und Personal nicht ausreichen, müssen wir nachsteuern. Das ist für mich keine Frage. Auch wenn das Geld kostet. Aber wir haben eine Verantwortung für die Menschen, die auf der Flucht zu uns kommen. Wir müssen und wir wollen sie integrieren und wir wollen ihnen echte Chancen bieten. Dazu gehört die Bildung ganz klar vorne dazu. Wir haben aber auch gleichermaßen eine Verantwortung gegenüber unseren Lehrerinnen und Lehrern, wie auch allen weiteren Schülerinnen und Schülern! Klar ist auch, dass wir als Kommune für diese Angebote eine größere Unterstützung des Bundes brauchen. Hierfür werde ich mich lautstark und mit Nachdruck als Oberbürgermeister einsetzen.

### **Maria Klein-Schmeink (Bündnis90 / Die Grünen):**

Die aktuelle Entwicklung zeigt deutlich, dass der Flüchtlingszuzug auch in Münster stark steigt. So werden wir zum Jahresende ca. 2.500 Personen zu betreuen haben, hiervon rund 20 % im Vorschulalter, 10 % im Grundschulalter und ca. 15 % im Bereich zwischen 10 und unter 18 Jahren. So kommen wir auf ca. 45 % unter 18 jährige Flüchtlinge.

Anfang dieses Jahres trat das Programm zur Beschulung von Seiteneinsteigern in Kraft. Es fußt auf einem grün-roten Ratsantrag aus 2013. Bestandteile sind z.B. die Bildungsberatung für Neuankömmlinge direkt in der Erstaufnahmeeinrichtung an der ehemaligen Oxford-Kaserne. Nach einer ersten Einschätzung durch Mitarbeiter des Amtes für Schule und Weiterbildung wird zusammen mit den Eltern ein entsprechendes Schulangebot gesucht. Insgesamt sechs Fallscoots kümmern sich um die individuelle Betreuung an den Schulen. Die Sozialarbeiter nehmen die Gesamtsituation des Kindes mit ihren Familien in den Blick und vermitteln bei Bedarf an weitere Stellen wie z.B die GGUA. In Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung werden für jede Schulform in jedem Stadtteil Referenzschulen entwickelt. Diese werden durch die Bereitstellung von Lehrer-Integrationsstunden und durch zusätzliche Schulsozialarbeit in die Lage versetzt, Flüchtlingskinder mit ihren besonderen Bedarfen qualifiziert zu unterrichten. Bei der Auswahl der Standorte für Flüchtlingseinrichtungen werden immer auch und gerade die Parameter Schule und Kita herangezogen. Auf der einen Seite versuchen wir Standorte zu finden, von denen diese Einrichtungen gut erreichbar sind und auf der anderen Seite wird berücksichtigt, dass einzelne Einrichtungen nicht überproportional in Anspruch genommen werden. Das stellt unser dezentrales Flüchtlingskonzept sicher.

Selbstverständlich kann auch die Tagespflege zur Betreuung von Flüchtlingskindern in Betracht kommen. Man muss im Einzelfall schauen, was gut für das Kind ist.

### **Hein Götting (FDP):**

Die Willkommenskultur in Münster ist glücklicherweise gut, und wir müssen alles dafür tun, dass dies auch für die Zukunft so bleibt. Da die Zahlen der neu Zugewiesenen ständig steigen und eine zuverlässige Prognose diesbezüglich nicht gegeben werden kann, ist eine sicher kalkulierbare Planung und Organisation nahezu unmöglich. Das erschwert natürlich die Situation.

Dennoch, die Leistungen der Stadt und ihre Organisation sind gut aufgestellt und müssen und können jeweils dem Bedarf angepasst werden. Insofern werden die Ressourcen, finanziell, personell und strukturell ständig verändert, angepasst und erweitert. Wir haben ein gutes Netzwerk städtischer wie ehrenamtlicher Einrichtungen, Organisationen, Helferinnen und Helfer, hauptberuflich wie ehrenamtlich, für alle erforderlichen Notwendigkeiten: humanitäre, pädagogische, medizinische u.a. Beratungen,

Untersuchungen und direkte Hilfeleistungen. Dieses will ich weiterhin stärken und unterstützen. Parallel dazu gibt es ein ebenfalls gutes Netzwerk für die Unterstützung, die Information und die spezifische Weiterbildung der ehrenamtlichen Kräfte. Auf diesem Weg gilt es, weiter zu arbeiten, um nachhaltige Sozialpolitik für unsere Stadt zu erreichen. Dabei möchte ich aber auch großen Wert auf klare Verabredungen zwischen Freien Trägern, den Wohlfahrtsverbänden und der Politik über die Finanzierung und Zusammenarbeit legen. Wichtig ist mir auch, dass die Betroffenen – mit oder ohne Migrationsvorgeschichte – selber ein Gefühl der „Mitverantwortung“ für die Gestaltung ihrer und unserer Stadt entwickeln und so Teilhabe an der zukünftigen Entwicklung haben.

Insofern bin ich der Meinung, dass wir den Flüchtlingen ein ausgewogenes und ausreichendes Angebot von der Unterbringung bis zu den notwendigen Hilfeleistungen für alle denkbaren Lebenssituationen bieten und es zudem eine selbstverständliche Aufgabe und Verpflichtung für die Politik ist, diese Angebote bei sich verändernden Anforderungen jeweils schnell und umfassend den neuen Situationen anzupassen.

Kreative und hilfreiche Initiativen, wie etwa den Antrag der FDP, Geld für die Übernahme von Sportvereins-Mitgliedsbeiträgen für Flüchtlingskinder bereit zu stellen, möchte ich unterstützen.

Was die sicher wünschenswerte Aufstockung von Personal in den Schulen (z.B. Schulsozialarbeit) angeht, verweise ich allerdings auf die Zuständigkeit des Landes, das hier seiner Verantwortung nachkommen muss.

#### **OB Markus Lewe (CDU):**

Hier wollen wir insbesondere die Steuerung der Verteilung im Rahmen unserer Möglichkeiten verbessern, da bisher einzelne Einrichtungen übermäßig belastet werden. Eine gleichmäßige Verteilung gerade im Elementar- und Primarbereich ist aufgrund der fehlenden gleichmäßigen Verteilung der Flüchtlingsfamilien über das Stadtgebiet kaum möglich.

Unterstützung ist durch Erstaufnahmeeinrichtungen der Stadt in der Oxfordkaserne sowie die Seiteneinsteigerkonzeption zur Flüchtlingsbeschulung in Angriff zu nehmen.

Wir als Stadt Münster haben einen bundesweit einzigartigen Betreuungsschlüssel (1 Sozialarbeiter und 1 Hausmeister für 100 Flüchtlinge plus zusätzliches Koordinationspersonal). Dies zeigt, dass auch in den Quartieren wichtige Vorarbeit geleistet wird, um Flüchtlinge aufzunehmen.

#### **Harry Seemann (parteilos):**

Da sollte wieder der Staat in die Pflicht genommen werden.

Ich habe heute die Wagenfeldschule besucht. Deren Bewohner werden durch den Reg. Bezirk Arnsberg verteilt und versorgt wie mir der Leiter erklärte. Die Kinder dort sind nicht schulpflichtig, es gibt aber Sprachkurse. Seit April bin ich Ehrenamtlicher Richter beim Verwaltungsgericht, 3. und 4. Kammer (für Abschiebung zuständig). Ich habe gegen Abschiebung von Roma nach Kosovo gestimmt, 4 zu 1, Familien Zusammenführung kam raus. Wie ich auch bei Antenne Münster sagte, war in der letzten na dann ein Beitrag in den 600 freie Ausbildungsplätze zur Integration genutzt werden sollten.

## **Inklusion: Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

### **Wir fragen:**

***Wie helfen Sie – ganz konkret – in Münster die richtigen Weichen für Inklusion zu stellen? Wie unterstützen Sie den Dialog unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen? Wie unterstützen Sie Kindertagespflege, KiTas, Schulen und andere Einrichtungen bei der Umsetzung von Inklusion? Welche Ressourcen stellen Sie zur Verfügung?***

## **Antworten:**

### **Jochen Köhnke (SPD):**

Zunächst einmal werden jährlich 1 Mio. € für Bau- und Ausstattungskosten an den Schulen zur Verfügung gestellt, sodass es bald kaum noch räumliche Barrieren an unseren Schulen geben wird. An personeller Unterstützung werden außerdem Stellen für Schulsozialarbeit eingerichtet, um die Lehrer\*innen zu unterstützen. Damit geht Münster weit über das hinaus, wozu es landesrechtlich verpflichtet ist. Aber das tun wir nicht, weil wir besser sein wollen als andere, sondern weil wir es mit ganz konkreten begründeten Notwendigkeiten zu tun haben. Die Schulen sagen nicht „Wir wollen keinen gemeinsamen Unterricht“. Sie sagen aber klar, was sie brauchen, damit dieser gut funktioniert. Das betrifft sowohl Räume als auch Personale.

Daher unterstützen wir als Schulträgerin hier stärker als wir es streng genommen müssen. Auch hier gilt: Wir müssen hinhören und miteinander darüber reden, was tatsächlich gebraucht wird. Und dann müssen wir gemeinsam über Mittel und Wege reden, dies zu ermöglichen. Ohne Unterstützung des Landes geht das nicht, das ist klar. Aber anders als CDU und FDP gerne unken, unterstützt das Land die Kommunen bei dieser Aufgabe schon erheblich. Es geht immer mehr, auch das ist klar. Aber es ist auch gut, dass Land und kommunale Spitzenverbände vereinbart haben, die Höhe der Landesmittel regelmäßig daraufhin zu überprüfen, ob sie ausreichend sind.

Dabei muss sich auch Münster mit seinen Erfahrungen einbringen. Ich setze auf den Dialog aller Beteiligten. Dazu gehören wir als Schulträgerin mit Verwaltung und Politik, genauso wie die Bezirksregierung als Schulaufsicht und dann natürlich die drei unmittelbar am Schulleben beteiligten Gruppen: Eltern, Schüler\*innen und Lehrer\*innen. Nur im gemeinsamen und konstruktiven Dialog können wir die Bedingungen schaffen, die gemeinsames Lernen braucht und damit der Inklusion für alle zum Gelingen helfen.

### **Maria Klein-Schmeink (Bündnis90 / Die Grünen):**

Uns Grünen geht es um Bildungsgerechtigkeit, um gemeinsame Teilhabe und ein neues soziales Miteinander in unserer Gesellschaft. Ein möglichst durchgängiges Miteinander von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung ist ein Gewinn für alle Kinder und Jugendlichen und bewirkt ein positives soziales Klima in den Einrichtungen insgesamt.

In Kindertageseinrichtungen gehen Kinder mit und ohne Behinderungen unbefangen miteinander um. In integrativ arbeitenden Schulen wirkt sich der gemeinsame Unterricht in einem besonders positiven Lernklima und guten Lernleistungen aus. Soziales Lernen ist als wichtige Schlüsselqualifikation bedeutend für die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen sowie für ihr späteres Berufsleben.

Individuelle Beeinträchtigungen dürfen nicht mehr zu Behinderungen werden. Hierzu bedarf es einer Barrierefreiheit im umfassenden Sinne, um allen Kindern und Jugendlichen, gleichwelche Besonderheiten sie aufweisen, gleiche Teilhabe am Bildungs- und Erziehungssystem unserer Stadtgesellschaft zu ermöglichen.

Mit den Ratsinitiativen „UN-Konvention umsetzen - Schulen, Kinder und Jugendeinrichtungen barrierefrei gestalten“ 2009 sowie „Aktionsplan ‚Inklusives Gemeinwesen Stadt Münster‘“ 2010 hat meine Fraktion dafür gesorgt, dass mittlerweile ein umfassender Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für Münster vorliegt. Ziel war es, dass Münster sich kontinuierlich und verbindlich zu einer „inklusiven Stadt“ entwickelt. Dabei können wir auf ein gutes und unter Mitwirkung der Behinderteninitiativen und -verbände formuliertes Handlungsprogramm zurückgreifen. Entsprechend der Maxime – „nicht über uns ohne uns“ – müssen Menschen mit Behinderung und Handicap kontinuierlich in die Planung einer barrierefreien Gestaltung beteiligt werden. Hierzu soll noch stärker die engagierte Arbeit der KIB wie auch andere Initiativen verbindlich mit einbezogen werden.

Ich bin der Überzeugung, dass ein Konzept für ein inklusives Gemeinwesen nur gelingt, wenn es alle Handlungsfelder umfasst. Dazu gehören:

- Gesundheitsförderung

- Kinder- und Jugendhilfe,
- Erziehung, Bildung und Schule
- Ausbildung, Arbeits- und Berufsleben
- Wohnen
- Stadtentwicklung
- Verkehr und individuelle Mobilität
- Soziale Unterstützung und Dienstleistungen(Gesundheit und Pflege)
- Kultur, Freizeit, Sport
- Politische Teilhabe und Mitwirkung
- Barrierefreie Kommunikation, Information und Service

So haben wir Grünen von Beginn an den Primus Schulversuch unterstützt und begleitet durch entsprechende Ratsanträge, Gespräche mit der Verwaltung und persönliche Gespräche mit der schulpolitischen Sprecherin und der Bildungsministerin und freuen uns sehr über den Erfolg.

Darüber hinaus hat die Grüne Ratsfraktion das Rahmenkonzept Inklusion maßgeblich mitgestaltet. Für jeden Zug, in der in einer Schule inklusiver Unterricht stattfindet, steht eine 0,5 Stelle Schulsozialarbeit zusätzlich zur Verfügung, ebenfalls ein Differenzierungsraum pro Zug ist vorgesehen.

Im Bereich der Kindertagespflege muss es eine Erhöhung der Geldleistung für die Tagespflege von Kindern mit erhöhtem Förder- und Pflegebedarf geben. Durch die 2. KiBiz-Revision war dies dann endlich zum Kindergartenjahr 2015/16 ohne kommunales Geld möglich.

Außerdem sollte die Anregung der Kommission zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen (KIB) aufgegriffen werden, Möglichkeiten der Mittelbereitstellung zu finden, mit denen die Kosten für den Betreuungsmehraufwand bei der Teilnahme von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Behinderung an inklusiven Freizeit- und Ferien-/Urlaubsangeboten finanziert werden können (s. oben unter Schulischer Ganztag).

Bei Kindern mit gravierenden Schwierigkeiten in den Bereichen Lesen, Rechtschreiben und Rechnen, die keine frühzeitige und wirksame Unterstützung erhalten, ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass sie später keinen oder keinen ihren Fähigkeiten entsprechenden Schulabschluss schaffen. Schwierige oder belastete Schulkarrieren werden somit grundgelegt. Die Kinder zeigen ein deutlich erhöhtes Risiko bezüglich Leistungsversagen, Misserfolgserwartungen, Lernunlust, Schulmüdigkeit aufgrund der schulischen Belastungen oder Fernbleiben von Unterricht und Schule. Gerade für Jugendliche mit einer Lernschwäche gestaltet sich in der Folge auch der Übergang Schule / Beruf oftmals schwieriger. Daher ist der Ausbau der Lernwerkstätten der schulpsychologischen Beratungsstelle wichtig. Dabei sind folgende Ziele wichtig:

- Frühzeitige und individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen mit einer LRS oder Dyskalkulie
- Prävention im Hinblick auf die Entwicklung von Sekundärsymptomen
- Förderung der Chancengerechtigkeit
- Förderung der sozialen Inklusion

### **Hein Götting (FDP):**

Bei aller Unterstützung der Inklusion stehe ich klar zum Auftrag der Förderschulen: Sie müssen wohnortnah erhalten bleiben, um den vielen Eltern, die die beste Förderung ihrer Kinder dort und nicht in der Regelschule sehen, diese Alternative zu lassen. Eine frühzeitige, unabhängige und transparente Beratung der Eltern von Kindern mit Einschränkungen ist für mich eine unverzichtbare Struktur im Prozess der Inklusion.

Auf die bewährte Arbeit von Schulsozialarbeitern darf meines Erachtens nicht verzichtet werden, allerdings ist die Finanzierung nach meiner Ansicht Aufgabe des Landes. Die finanziellen Zusagen des



Landes für Münster decken nicht den tatsächlichen Bedarf. Auch bei den Kosten der schulischen Inklusion muss das Land mit dem Städtetag eine Übereinkunft erzielen, wer welche Kosten trägt. Schulsozialarbeit als Teil der Jugendhilfe wird nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Inklusion an den Schulen immer mehr an Bedeutung gewinnen. Über den Erlass Schulsozialarbeit des Landes können Schulen durch die Umwandlung von Lehrerstellen Schulsozialarbeit in Trägerschaft des Landes einrichten. Dabei ist dies grundsätzlich an allen Schulformen und Schulen möglich, führt jedoch in der Praxis dazu, dass eher größere Schulen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

**OB Markus Lewe (CDU):**

Mit dem Aktionsplan zur Behindertenrechtskonvention stellen wir konkret in Münster die Weichen für eine gelungene Inklusion. Verschiedene Organisationen, Behörden und auch wir als Stadt Münster selbst setzen uns bereits seit vielen Jahren engagiert für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Münster ein. Unser Hauptziel ist dabei, Münster zu einer barrierefreien und inklusiven Stadt zu entwickeln.

Neue Herausforderungen stellt momentan u.a. der Umbau der bisherigen Unterstützersysteme mittels Umsetzung der BRK dar, mit der grundlegende strukturelle und gesellschaftliche Veränderungen einhergehen. Gerade der Aspekt „Nichts über uns ohne uns“ als Fokus der Beteiligung von Menschen mit Behinderungen muss gefördert werden.

**Harry Seemann (parteilos):**

Zuerst muss ich mal gewählt werden!

Durch eine wirkliche Bürgernähe, wo Investoren und Unternehmen im Sinne der Bürger behandelt werden. Mit der Umverteilung von unten nach oben muss Schluss sein.

Das sage ich Ihnen, wenn ich gewählt bin. Alle möglichen Ressourcen, versprochen!

Wir bedanken uns für die Beantwortung der Fragen!

Oliver Elferich (Jugendamtseaternbeirat der Stadt Münster JAEB)

Doris Feldmann (Verband Bildung und Erziehung VBE, Stadtverband Münster)

Beate Heeg (Eltern helfen Eltern e.V.)

Sigrun Jäger-Klodwig (Familienbund der Katholiken im Bistum Münster)

Gabriele Markerth (Der PARITÄTISCHE, Kreisverband Münster)

Gaby Miling (Münsteraner Tageseltern e.V.)

Carsten Peters (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW, Kreisgruppe Münster)

Dr. Remi Stork (Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, LAK WL)